

Die Zukunft der Ortsvereine

Liebe Genossin, lieber Genosse,

nichts ist so stetig wie der Wandel. Dieses Zitat frei nach Heraklit bringt die Situation in den politischen Parteien auf den Punkt.

Erstmals ermöglichen neue Kommunikationstechnologien eine umfassende Emanzipation der Bürger von den politischen Parteien und ihren klassischen Handlungsschablonen. Der mündige, engagierte Bürger hat neben den Ortsvereinen immer mehr Alternativen: Virtuelle Kampagnen und Soziale Netzwerke wie Facebook bieten die Möglichkeit sich einzubringen, ohne sich dauerhaft zu binden.

Auf diese Entwicklung müssen wir uns einstellen, wenn wir unsere Handlungsfähigkeit nicht verlieren wollen.

Die „alte Tante SPD“ wird offener für Nichtmitglieder, aber auch basisdemokratischer für Mitglieder etwa in der Frage Mitbestimmung bei der Kandidatenaufstellung und bei Mitgliederentscheiden.

Ortsvereine überaltern, und ohne neue Mitglieder müssen sie sich über kurz oder lang auflösen oder fusionieren. Aus der jüngsten Landtagswahl haben wir gelernt, dass auch Parteien ohne Ortsvereinsstruktur Mehrheiten erringen können. Brauchen wir also den klassischen Ortsverein überhaupt noch, und wie sieht er idealerweise aus?

Ja, mehr denn je, zumal es den idealen Ortsverein nicht gibt. Präsenz vor Ort ist durch keine Kampagne zu ersetzen. Wobei es kein allgemeingültiges Rezept gibt. Ortsvereine stehen und fallen mit den handelnden Personen.

Ortsvereine, die wachsen, haben eines erkannt: In einer globalisierten Welt erleben wir eine Sehnsucht nach Regionalität – in der realen oder in der virtuellen Welt.

Der Kreisverband der SPD Ortenau versucht deshalb,

diese Regionalität zu unterstützen und die Ebenen zwischen Ortsverein und Kreisverband stärker zu verzahnen.

Ein erster Schritt war der „Rote Ortenauer“. Diese Mitgliederzeitung bietet den Ortsvereinen die Plattform, näher zusammenzurücken. Der zweite Schritt ist das Angebot der ausgestreckten Hand: Wer Unterstützung braucht und will, erhält sie. Unsere mitgliederoffene Kreisklausur, der „Markt der Möglichkeiten“, hat gezeigt, dass unsere Strategie aufgeht. Mittlerweile wurden die meisten Homepages der Ortsvereine aktualisiert, ein fast einheitliches System eingeführt und somit die Kampagnenfähigkeit, zum Beispiel für die nächste Kommunalwahl, erhöht. Der dritte Schritt folgt mit den „Roten Socken“ als Gesangsgruppe der SPD Ortenau.



Karl-Rainer Kopf, stellv. Kreisvorsitzender

In der Geschichte der Ortsvereine ist das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht nur über Politik entstanden, sondern über gemeinsame Teilhabe am sozialen Leben mit Gleichgesinnten. Dies haben wir in der Vergangenheit leider manchmal vergessen.

Nichts ist so stetig wie der Wandel. Ortsvereine und Kreisverbände, die sich darauf einstellen, haben Zukunft.

Karl-Rainer Kopf

In dieser Ausgabe:

Seite 2: Klausurtagung der SPD Ortenau

Seite 3/4: Interview mit Peter Simon, MdEP

Seite 5: Stimmen zum „Kreuzzug gegen die Solarindustrie“

Seite 6: Bericht von der Kreisdelegiertenkonferenz, Programm 2012 der AfA, Leserbrief

Seite 7: Aus den Ortsvereinen

Seite 8: Die „Roten Socken“ und Termine

Peter Simon: „Merkozy schaden dem deutschen Ansehen“

Peter, Du bist Mitglied im Europäischen Parlament seit Juli 2009 - was sind dort deine Aufgaben?

Peter Simon: Aufgaben gibt es viele, da das Parlament inzwischen bei 95% der gesetzgeberischen Tätigkeit der EU an einem Tisch mit dem Rat und der Europäischen Kommission sitzt. Der thematische Schwerpunkt meiner Arbeit liegt aber vor allem in den beiden Ausschüssen, in denen ich tätig bin: Ausschuss für Wirtschaft und Währung und Regionalentwicklung. Ersterer ist der Ausschuss, der federführend an der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem Ziel arbeitet, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es erst gar nicht zu einer Krise kommen lassen oder uns zumindest das nötige Instrumentarium an die Hand geben, um umgehend darauf reagieren und entgegenwirken zu können. Das fängt bei einer verbesserten wirtschaftspolitischen



Peter Simon, MdEP

Koordinierung an, geht über eine stärkere Regulierung und muss auch Instrumente wie die Finanztransaktionssteuer oder Eurobonds umfassen. Der Regionalentwicklungsausschuss beschäftigt sich derzeit hauptsächlich mit der Ausgestaltung der Förderperiode ab 2014. Selbst ein "reiches" Bundesland wie Baden-Württemberg profitiert von europäischen Fördermitteln der EU-Strukturfonds. Dass das auch in Zukunft so bleibt und zudem die Akteure vor Ort, die die geförderten Projekte Realität werden lassen, verbindlich und kontinuierlicher eingebunden werden, sind zwei meiner zentralen Anliegen in diesem Bereich.

Welche Kompetenzen hat das Europäische Parlament und welche würdest du dir wünschen?

Simon: Die Kompetenzen des Parlaments werden vielfach unterschätzt. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sind wir in fast allen zentralen Bereichen Mitgesetzgeber neben den Mitgliedstaaten im Rat. Daher wünsche ich mir in erster Linie eigentlich, dass bereits bestehende Kompetenzen des Parlaments nicht weiter ausgehebelt werden. Das war beim Fiskalpakt und den voran gehenden Rettungsschirmen leider oft genug der Fall, da diese undemokratisch ohne Beteiligung des Europaparlaments ausgehandelt wurden. Diese Hinterzimmerpolitik muss ein Ende haben, zumal das Europäische Parlament das demokratisch legitimierte Organ der Europäischen Union ist und durch einen solchen Intergouvernalismus

praktisch die "Stimme des Volkes" ausgehebelt wird, die dann im Nachhinein einfach die bittere Pille schlucken und mit den Konsequenzen leben muss. Entscheidungen, die von so enormer Bedeutung für unsere aller Zukunft sind, können einfach nicht ohne Einbeziehung des Europäischen Parlaments getroffen werden.

Wir haben eine Krise in Europa und da fragt man sich, was das Europäische Parlament tun kann.

Simon: Wir dürfen auf keinen Fall den Fehler machen, zu schnell wieder in den "Normalmodus" zu schalten und damit zu kurz gedachte Lehren aus der Krise zu ziehen. Nehmen wir einmal das Beispiel der Neuregelung der Einlagensicherungssysteme, für die ich seitens des Europäischen Parlaments federführend verantwortlich bin. Jeder von uns würde davon ausgehen, dass es außer Frage stehen müsste, dass diese Einlagensicherungssysteme mit so vielen Mitteln ausgestattet sind, dass sie im Krisenfall auch bestehen können und die Sparer auch zeitnah auf ihr Geld zugreifen können. So habe ich das als zuständiger Berichterstatter auch gesehen und meine Kolleginnen und Kollegen sind mir mit überwältigender Mehrheit bei diesem Ansatz gefolgt. Und was machen die Mitgliedstaaten?

...und was passiert?

Simon: Die verschleppen die Verhandlungen monatelang und wollen nicht nur eine viel zu geringe Ausstattung dieser Sicherungssysteme, sondern verlangen auch noch, dass der Bankkunde im Krisenfall sage und schreibe 20 Werkstage auf die Auszahlung warten muss. Doch das ist mit mir und dem Europäischen Parlament nicht zu machen! Wir haben jetzt klar signalisiert, dass es mit uns keine Gesetzgebung geben wird, bei der nicht ohne Wenn und Aber der Verbraucher im Mittelpunkt steht und am Ende noch der Dumme ist, weil er praktisch für das Versagen seiner Bank haften muss. Auch in den weiteren Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Finanzmarktregulierung setzen wir uns für die Schaffung nachhaltiger und sicherer Finanzmärkte in Europa ein. Ein weiteres konkretes Beispiel: im Oktober letzten Jahres hat das Parlament sich gegen die Mitgliedstaaten beim Verbot der sogenannten ungedeckten Spekulation mit Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen durchsetzen können. Diese ermöglichten es geldgierigen Investoren mit der drohenden Insolvenz von Staaten Spekulationsgewinne zu verdienen. Zukünftig werden diese nun grundsätzlich untersagt sein.

Im April finden in Frankreich die Präsidentschaftswahlen statt. Francois Hollande tritt für die Parti Socialiste an. Warum ist es so wichtig, dass deutsche Sozialdemokraten ihn unterstützen?

Simon: Erst einmal vertreten wir schließlich die gleichen Grundwerte. Das ist auch in unserer Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der auch die 23 SPD-Abgeordneten angehören, und in der sich Gleichgesinnte aus allen 27 Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben, nicht. Zudem zeigt der derzeitige französische Präsident rassistische Züge. Die rechtswidrige Abschiebung der Sinti und Roma im August 2010 hat das deutlich gezeigt. Wenn es um mögliche Stimmen geht, ist er ohne Skrupel und geht oft auf unappetitliche Weise selbst im extrem rechten Lager hausieren. So jemand sollte nicht an der Spitze eines europäischen Staates stehen. Der sozialistische Kandidat Hollande hingegen ist der politische Gegenentwurf hierzu und verdient allein deswegen schon unsere Unterstützung.

Gilt diese Solidarität auch für andere Länder oder hat das mit dem deutsch-französischen Verhältnis zu tun?

Simon: Unabhängig von der besonderen Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnis: Solidarität ist ein gemeinsamer Grundwert aller sozialdemokratischen Parteien in der EU. Unsere Solidarität sollte daher gegenüber allen europäischen Genossinnen und Genossen gelten.

Du bezeichnest die Allianz zwischen Sarkozy und Merkel als "unselig". Kann man daraus folgern, dass dieses Zusammengehen nachhaltig Deutschland und seinem Ansehen Schaden zufügt?

Simon: Ja, ich bin überzeugt davon, dass das Verhalten der "Merkozy" auch dem deutschen Ansehen schadet. Und dass nicht nur in den von der Krise besonders betroffenen Ländern, sondern auch in anderen Ländern, die uns über Jahrzehnte als verlässlichen Partner wahrgenommen haben und jetzt teilweise aufgrund der von der Bundeskanzlerin und Sarkozy diktierten deutsch-französischen Alleingänge zurecht irritiert sind. Die deutsch-französische Freundschaft war immer und sollte auch weiterhin der Motor der europäischen Integration bleiben. Momentan haben wir jedoch eher ein arrogantes "Durchdrücken" nationaler Interessen beider Staaten. Europäische Solidarität und gemeinsames Handeln sehen anders aus.

Was versprichst du dir von einer sozialistischen Präsidentschaft in Frankreich?

Simon: Ich erwarte mir eine Aufbruchsstimmung, eine starke soziale Stimme in Frankreich, die erkennt, dass Europa Perspektiven zur Bewältigung seiner Probleme braucht und nicht allein ein Spardiktat nach dem anderen. Mit Hollande wird Merkel ihren antieuropäischen Kurs, der die Situation in den Krisenländern immer noch verschlimmert, und der zu einem Auseinanderdriften der Europäischen Union führen kann, nicht weiterführen können.

Was ist dein Vorschlag für Griechenland (oder andere "wackelige" Staaten) zur nachhaltigen Sanierung?

Simon: Wichtig ist, dass diese Länder wieder eine Perspektive bekommen. Dafür ist eine Haushaltsanierung mit Augenmaß notwendig, die aber nicht allein auf Spardiktate setzt. Diese Länder brauchen vielmehr auch eine wirkliche Chance auf Wachstum. Dafür sollte eine Art Marshall-Plan entwickelt werden, der die Wirtschaft ankurbelt und langfristige Investitionen ermöglicht. Natürlich müssen in diesen Ländern aber auch die notwendigen Strukturreformen insbesondere in den Verwaltungen durchgeführt werden. Und auch hier könnten wir einen europäischen Ansatz wählen, indem wir z. B. Griechenland auch auf kommunaler und regionaler Ebene durch einen Austausch auf Verwaltungsebene unterstützen. Mit relativ geringem Mitteleinsatz könnte so bereits vorhandenes Know-How transferiert und die Strukturreformen direkt vor Ort aktiv unterstützt werden. Dieser Ansatz, den ich in den letzten Monaten in zahlreichen persönlichen Gesprächen und im Rahmen meiner Arbeit im Regionalentwicklungsausschuss zu vermitteln versucht habe, wurde jetzt von der Task-Force der Europäischen Kommission für Griechenland aufgegriffen. Unter der "Patenschaft" des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wird derzeit ein Aktionsplan mit möglichen Maßnahmen zur Stärkung der regionalen und lokalen griechischen Verwaltungsebene erstellt.

Anzeige:

RECHTSANWALTSKANZLEI
KLEMENS ZIMMER



<p>Klemens Zimmer Rechtsanwalt</p>  <p>Zugelassen an allen Amts-, Land- und Oberlandesgerichten</p> <p>Fachanwalt für Familienrecht Zertifizierter Sachverständiger für Immobilienbewertung</p>	<p>Brigitte Zimmer Angestellte Rechtsanwältin</p>  <p>Zugelassen an allen Amts-, und Landgerichten</p>
---	---

nah - persönlich - kompetent

<p>[Kanzleisitz] Hauptstraße 10 77839 LICHTENAU fon +49 (0)72 27.99 07 00 Fax +49 (0)72 27.99 07 03</p>	<p>[Zweigstelle] Rheinstraße 16 77866 RHEINAU fon +49 (0)78 44.91 88 51 Fax +49 (0)78 44.91 88 52</p>
---	---

email klemens.zimmer@t-online.de

Stimmen zum „Kreuzzug gegen die Solarindustrie“

Viele besorgte BürgerInnen und UnternehmerInnen aus unserer Region haben mich in den letzten Wochen angeschrieben, um gegen die Kürzungen bei der Solarförderung zu protestieren. Ich halte diese Politik von CDU und FDP für das Gegenteil von guter Energie- und Wirtschaftspolitik. Zum einen wird die Energiewende gefährdet, zum anderen wird die Entwicklung einer

Branche mit über 120.000 Beschäftigten brutal abgewürgt. Mittelständische Betriebe werden zutiefst verunsichert.



Elvira Drobinski-Weiß, MdB, Kreisvorsitzende, stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende des Umweltbeirats der SPD-BW

Dabei sind diese Kürzungen nicht nur inhaltlich falsch. Offenbar unter dem Eindruck ihrer fehlenden Kanzlermehrheit hat Angela Merkel weitere Entscheidungen über die Vergütungssätze aus den Händen des Parlaments genommen. In Zukunft kann die Bundesregierung selbst entscheiden – ohne Vorwarnung. Die Branche verliert damit an stabilen Rahmenbedingungen.

Dabei gibt es viele gute Gründe für die Photovoltaik in Deutschland: Sie dient nicht nur der Energiewende und dem Klimaschutz, sondern generiert regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe. Den BürgerInnen bietet sie vielfältige Beteiligungsmodelle. Darüber hinaus liefert sie genau dann den meisten Strom, wenn er am dringendsten benötigt wird, nämlich zur sogenannten Mittagsspitze.

Wir SozialdemokratInnen setzen auf positive Anreize. Dazu gehören neben dem Eigenverbrauchsbonus der von uns seit langem geforderte Kombikraftwerksbonus und das bewährte Grünstromprivileg, das im vergangenen Jahr von der Bundesregierung quasi abgeschafft wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert vierteljährliche Vergütungsanpassungen bei der Solarförderung, die sich nach der Marktentwicklung richten, Kontinuität in den Markt bringen und der Branche ein gesundes Wachstum ermöglichen - verlässliche Rahmenbedingungen für Verbraucher, Investoren, Hersteller und Handwerker.

Elvira Drobinski-Weiß, MdB

Die aktuelle politische Lage entscheidet über das Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe.

Die Redaktion

Ein Jahr nach der atomaren Katastrophe von Fukushima ist die Energiewende nicht vorangekommen. Im Gegenteil, Stillstand, ja Rückschritt kennzeichnen die Energiepolitik. Ein Jahr „voller konzeptioneller Versäumnisse“ klagt der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer. Klaus Töpfer, ehemaliger Chefberater der Bundesregierung bei der Energiewende, und EU-Energiekommissar Günther H. Oettinger teilen die Kritik. Kein Wunder: Weder bei der Förderung der Gebäudesanierung, noch beim Ausbau der dringend notwendigen Netze, noch bei der Speicherung ist man weitergekommen. Es gibt keinen Masterplan für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen und keinen Verantwortlichen in der Bundesregierung für die Energiewende.



Harald B. Schäfer, MdB a. D. und ehemaliger Landes-Umweltminister

Die Ausgangslage für die Energiewende - eine der größten ökonomischen, ökologischen und technologischen Herausforderungen vergleichbar mit der industriellen Revolution Ende des 19. Jahrhunderts – ist nicht schlecht. Der Einstieg in das erneuerbare Energiezeitalter ist im Gange. Die Grundlage für diesen Erfolg ist das Erneuerbare Energiegesetz (EEG), das 2000 und 2004 gegen den Widerstand von CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossen wurde. Angela Merkel und Norbert Röttgen haben nicht zugestimmt.

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung liegt bei über 20 Prozent. Seit der Jahrtausendwende sind über 350.000 neue Jobs entstanden, die Emission von Treibhausgasen ist um 150 Millionen Tonnen jährlich gesunken. Gleichzeitig sind die Kosten für jede Kilowattstunde Ökostrom gefallen, während die für fossile Energiequellen zum Teil explodierten.

Ausgerechnet gegen die erfolgreiche Solarenergie startet die Bundesregierung „eine Konterrevolution“, „einen Kreuzzug“, wie SPD Bundestagsfraktionsvize Ulrich Kelber beklagt. So will die Bundesregierung den Ausbau der Solarstromanlagen ab 2014 begrenzen, zudem soll Solarförderung zum 1. April mit einem Schlage um 30 Prozent gekürzt werden, ohne Übergangslösung. Für viele Handwerksbetriebe und Bürger, die eine Solaranlage installieren wollen, ein ökonomischer Tiefschlag!

Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit der Politik sehen anders aus!

Harald B. Schäfer

Kreisdelegiertenkonferenz in Oberkirch

45 Delegierte trafen sich am 15. März 2012 in Oberkirch zur Kreisdelegiertenkonferenz. Abgestimmt wurde über eine Änderung der Satzung der SPD Ortenau, die im Hinblick auf Landtags- und Bundestagswahlen notwendig geworden war.

So wurde ein neuer Paragraph 12 eingeführt, der bestimmt, dass Wahlkreisdelegiertenkonferenzen einberufen werden müssen. Ferner wurden vier Delegierte für die neu zu gründende Arbeitsgemeinschaft Bildung gewählt: Günter Brecht, Achern, Günter Schulz, Offenburg, Dirk Schwarz, Wolfach, und Victor Witschel, Ortenberg. Helmut Lind bot Unterstützung bei der Bearbeitung der Internetseiten der Ortsvereine an.

Im Anschluss gab Martin Wenz, Leiter Unternehmenssteuerung des E-Werks Mittelbaden, einen Überblick über die Aktivitäten seines Unternehmens im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Die Streichung der Photovoltaik-Förderung sei unsinnig, da sich Energiegewinnung durch Windkraft und Photovoltaik ergänzten. Wenz zeigte Chancen und Risiken der Windkraft auf, betonte, dass der Ausbau von Windkraft-Anlagen mit Augenmaß geschehen müsse. Empfehlenswert seien Anlagen im Norden Deutschlands, da sie im Süden aufgrund der Windstärke nicht die optimale Leistung erbringen könnten. Alle Maßnahmen zur Energieerzeugung müssten jedoch einhergehen mit einer Verhaltensänderung der Abnehmer. Deshalb sei Energieberatung beim Kauf von Haushaltsgeräten ebenso wichtig, was in der Diskussion oft vergessen werde.

AfA Ortenau

Programm für das Jahr 2012:

Treffen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD Ortenau

Diskussion mit den Gewerkschaften in der Ortenau

Podiumsdiskussion „Zukunft Arbeitsmarkt“

Info

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD-Kreisverband Ortenau (AfA)

E-Mail: info@uwe-hengherr.de

Tel.: 07851.72834

Leserbriefe

„Die fünfte Kolonne der CDU?“

Die Landes-CDU von Baden-Württemberg beginnt offenkundig schon recht früh, ihre Hilfstruppen für den Wahlkampf um die Wiedergewinnung der Macht in mehr als 4 Jahren zu mobilisieren. Anders kann man die Brüll- und Pfeifveranstaltung des Beamtenbundes anlässlich eines Besuches von Ministerpräsident Kretschmann wohl kaum bewerten. Dass Peter Hauck und Hans-Ulrich Rühlke, Fraktionschefs von CDU bzw. FDP, dieser Beamtenbundveranstaltung „feixend und grinsend“ beiwohnten, rundet das schiefe Bild ab.

Auf 130 Millionen beläuft sich das Sparopfer, das die grün-rote Landesregierung von den Landesbeamten zur Sanierung des Landeshaushaltes verlangt. Dass die Landesbeamten – vor allem diejenigen der unteren und mittleren Besoldungsgruppen - nicht Hurra brüllen, ist verständlich.

Aber dass die biederen Mitglieder des Beamtenbundes Regierungschefs niederbrüllen und „Spießrutenlaufen“ veranstalten, das gab es noch nie – zumindest solange die Konservativen regierten.

Und so weit brauchen wir auch gar nicht zurückschauen, um einen völlig anderen baden-württembergischen Beamtenbundchef Volker Stich zu erleben. So ist z. B. in der Stuttgarter Zeitung vom 28. 10. 2010 nachzulesen, wie der Beamtenbund auf die geplanten Sparmaßnahmen der Regierung Mappus für 2011 (Abbau von 1500 Beamtenstellen, Kürzung der Beihilfe, eine Stunde längere Arbeitszeit für junge Beamte) reagierte: Stich sagte (gegenüber der Stuttgarter Zeitung), „er sei völlig ratlos, weil er Ministerpräsident Mappus einen Sondersolidarbeitrag der Beamten in Höhe von 150 Millionen Euro angeboten habe.“

Da verstehe einer noch die Welt: Jener Beamtenbund also, der seine Vasallen zum Spießrutenlaufen für Kretschmann antreten lässt, weil die Rot-Grünen bei den Beamten 130 Mio. sparen wollen, hat völlig vergessen, dass er vor kurzem noch den Schwarz-Gelben 150 Mio. eben so mal als Sonderopfer angeboten hat.

Angesichts dieses durch den Beamtenbund vertretenen Teils der Beamtenschaft, kann man erhebliche Zweifel an der Loyalität derselben zur neuen (demokratisch gewählten) Landesregierung bekommen.

Leserbrief von Bernd Rottenecker zum Artikel „Wütende Beamte drohen Kretschmann“ in der Mittelbadische Presse vom 5. März 2012

Leserbriefe an: dro@spd-ortenau.de
(Länge: 1.000 Zeichen)

Stabwechsel bei der Hornberger SPD

Dieter Müller ist der neue Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hornberg. Er tritt die Nachfolge von Hubert Ziegler an, der nach 26 Jahren in der Jahreshauptversammlung seinen Rücktritt anbot. Ziegler wurde für seine Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Zu Gast waren Karl-Rainer Kopf, stellvertretender Kreisvorsitzender der Ortenau-SPD, sowie Andreas Raschke, Vorsitzender des Schwarzwald-Baar-Kreisverbands. Ziegler erinnerte an die Leitsätze der jüngsten Klausurtagung: Kräfte einschätzen, Teamgeist pflegen, Talente entfalten, heute Perspektiven für morgen schaffen. „Parteiarbeit ist kein Selbstzweck, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe“.



Hubert Ziegler (links) wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Peter Gramkau würdigte seine politischen Verdienste.

Dieter Müller, Vorsitzender des DGB-Ortskartells Hornberg, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Bestätigt wurden Peter Gramkau als Stellvertreter, Kassierer Alfons Robertz, Schriftführerin Claudia Müller sowie Bildungsobmann Hans Hildbrand. Karin Pätzold wurde stellvertretende Pressewartin. Als Beisitzer fungieren Detlef Behrend, Franz Böckl, Helmut Epting, Bernd Laages, Klaus Lauble, Eva Laumann, Günter Mader, Petra Streif und Hubert Ziegler.

Als Kreisdelegierte wurden Peter Gramkau, Dieter Müller und Dieter Sapia gewählt.

Hubert Ziegler überreichte dem neuen SPD-Mitglied Rolf Hess das Parteibuch, Albert Heiden, Peter Weiß und Dietmar Roth wurden für ihre 25jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Peter Gramkau würdigte die politischen Verdienste und die Persönlichkeit des bisherigen Vorsitzenden Hubert Ziegler, die Versammlung ehrte ihn mit lang anhaltendem Beifall.

Hubert Ziegler bekam von den Parteifreunden eine ganze Reihe von Attributen, wie „der rote Fels im schwarzen Meer“ oder „die zentrale Servicenummer der SPD im Kinzigtal“ und liebevoll auch „SPD-Frontschwein“.

Von Elvira Drobinski-Weiß, MdB, wurde das Lob übermittelt, Hubert Ziegler sei ein „Kümmerer“.

Ehrungen



Der Ortsverein Offenburg ehrte Mitglieder (v. l.): Helmut Boehm (40 Jahre), Bertold Thoma (40 Jahre), Ilse Schmidt (25 Jahre), Reinhard Braun (25 Jahre), Hans-Werner Landgraf (25 Jahre), Richard Braun (65 Jahre), Marianne Bruder (25 Jahre), Waldemar Rottenecker (25 Jahre), Prof. Werner Heinze (25 Jahre), Willi Hilzinger (60 Jahre), Gerhard Litterst (25 Jahre), Dr. Christoph Jopen (40 Jahre). Es gratulierten: Ulrike Weidt (OV-Vorsitzende), Elvira Drobinski-Weiß, MdB, und Julia Letsche (stellv. OV-Vorsitzende).

Anzeige:

Sichern Sie jetzt Ihr Geld und investieren Sie in Ihre Immobilie, nutzen Sie dabei die staatlichen Fördermittel.

- Energieberatung
- Fördermittel
- Bauleitung/Planung
- Energiepässe
- Blower-Door-Tests
- Thermografie

EGS GmbH, Planungsbüro Energieeffiziente Gebäudesanierung, Hauptstraße 7 (Keilbach Gebäude), 77948 Friesenheim, info@gebäudesanierung.com
www.gebaudesanierung.com, Telefon: 0 78 21 / 95 44 86, Fax: 0 78 21 / 95 44 87

Freunde, hört die Signale!

Dieser Anfang der „Internationalen“ könnte auch das Motto für den neuen Chor der SPD-Ortenau sein, der sich im Januar gegründet hat. Da wir zu dem stehen, wofür wir stehen, haben wir uns das einstige Schimpfwort „Rote Socken“ zum Motto gemacht. Elf „Rote Socken“ sind bereits dabei, doch um die „Signale“ auch wirklich hörbar zu machen, suchen wir noch weitere MitsängerInnen sowie Instrumentalisten.



„Die Roten Socken“ laden ein zum Mitsingen.

Derzeit proben wir im Bürgerbüro in Offenburg. Die Lieder stammen mehrheitlich aus dem Vorwärts-Liederbuch. Wir haben keine großen Ambitionen, wir sind alle keine Starsänger, aber wir haben Spaß. Und eine richtig gute professionelle Chorleiterin, Petra Mayer-Kletzin. Es geht ums Singen und Musizieren, darum, Gemeinschaft und Tradition zu pflegen. Das kann man am Stammtisch – oder eben in einem Chor. Um neben politischen Diskussionen - auch auf andere Weise die sozialdemokratischen Ideen nach außen zu tragen, zumal die SPD nächstes Jahr 150 Jahre alt wird. Mittelfristig wollen wir auftreten. Dazu haben wir uns Lieder ausgesucht, die fast jeder kennt – zumindest den Refrain oder die erste Strophe. „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“ oder „Die Internationale“, „Die Gedanken sind frei“ oder „Die freie Republik“, „Das Bürgerlied“ oder „Das Bundeslied“ und viele mehr. Wie gesagt, an erster Stelle steht der Spaß am gemeinsamen Tun. Wie heißt es so schön: Wo man singt, da lass dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder. Also kommt und macht mit.

Literatur-Tipp: „Das vorwärts Liederbuch“

ISBN-3866029071, 12,50 Euro

Termine

Samstag, 07. April 2012, 9 bis 12 Uhr
Infostand der SPD Offenburg auf dem Markt.

Donnerstag, 19. April 2012, 20 Uhr
Mitgliederversammlung der SPD Rheinau im Gasthaus „Roter Ochsen“ in Freistett.

Samstag, 28. April 2012, 9.30 Uhr
„Kochen aus dem Wok“ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der Werkrealschule Hofweier.

Donnerstag, 03. Mai 2012, 19 Uhr
Jahreshauptversammlung der SPD Willstätt im Gasthaus „Zur Blume“ in Willstätt-Sand.

Freitag, 04. Mai 2012, 19.30 Uhr
Politik im Gespräch: „Starke Kommunen - starkes Land.“ Veranstaltung der SPD Gengenbach im Gasthaus „Zur Blume“ in Gengenbach.

Freitag, 11. Mai 2012, 20 Uhr
Jahreshauptversammlung der SPD Gengenbach im Gasthaus „Zur Blume“ in Gengenbach.

Samstag, 12. Mai 2012, ab 15 Uhr
Frühlingsfest des Ortsvereins Hohberg, Blockhütte beim Hohhölzle in Hofweier.

Samstag, 23. Juni 2012, 15 Uhr
Frauen-Café des Ortsvereins Hohberg im Bürgerhaus Hofweier.

Sonntag, 18. Juli 2012, ab 11 Uhr
Sommerfest der SPD Kehl in der „Feldscheune“ in Kehl.

SPD-Ortenau Community

„Die Roten Socken“ treffen sich am 18. April 2012, um 19 Uhr, im Bürgerbüro, Philipp-Reis-Str. 7 in OG, zur nächsten Probe. MitsängerInnen sowie Instrumentalisten sind herzlich willkommen!

Kontakt: die-roten-socken@spd-ortenau.de

Bildnachweise

Seite 1: Karl-Rainer Kopf
Seite 2: Uwe Hengherr
Seite 3: Dirk Baranak bei FlickrR
Seite 4: Klemens Zimmer
Seite 5: Elvira Drobinski-Weiß, Harald B. Schäfer
Seite 7: OV Hornberg, OV Offenburg
Seite 8: Helmut Lind

Impressum

V.i.S.d.P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.03.2012
Redaktion „Der Rote Ortenauer“: Dr. Jutta Hagedorn, Uwe Hengherr, Karl-Rainer Kopf, Helmut Lind, Helga Pfahler und Horst Siehl
E-Mail: dro@spd-ortenau.de
Internet: www.spd-ortenau.de
Copyright © 2012 SPD Ortenau